



FOTOS: DPA (Bf.), H. REISS (R.)

Treuhänder Batliner, Wanderfreund Kohl (1996), Fürstenschloss in Vaduz: Die Spuren führen hinaus in alle Welt

GELDWÄSCHE

„Es ist ein Spinnennetz“

Die Liechtensteiner staunen, was in ihrem Ministaat an Hinweisen für dubiose Geldgeschäfte zu finden ist – wenn man nur sucht. Ein Sonderermittler ließ sieben Finanzjongleure verhaften, darunter einen Politiker. Auch der Landgerichtspräsident steht unter Verdacht – wegen Amtsmissbrauchs.

Das „Durchlauchte Fürstenpaar“ hatte frohe Kunde. Mit „großer Freude“ teilte der Fürst von und zu Liechtenstein, Herzog von Troppau und Jägerndorf, Graf zu Rietberg, Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein, den Untertanen mit, seine Tochter, Prinzessin Tatjana von Lattorff, habe einen Stammhalter namens Lukas Maria geboren.

Doch so rechte Freude mochte an diesem Tag bei den Gewöhnlichen unten im Tal nicht aufkommen. Die Bürger beschäftigte am vorvergangenen Samstag weniger die Erbfolge im Fürstenhaus, sondern viel mehr die Justiz. Polizisten hatten den Landtag umstellt, während drinnen die Abgeordneten auf einer eilig einberufenen Sondersitzung die Immunität eines der Ihren aufhoben – erstmals seit 1870. Kaum war das geschehen, wurde der frühere Fraktionssprecher der Fortschrittlichen Bürgerpartei, Gabriel Marxer, 40, verhaftet. Er kommt aus prominentem Hause, Bruder Benedikt Marxer wirkt als Landgerichtspräsident.

Auch andere Würdenträger des Fürstentums mussten schwere familiäre Schicksalsschläge verkraften: Vizeregierungschef

Michael Ritter, der dem Wirtschaftsressort vorsteht, kann seinen Bruder Rudolf derzeit ebenfalls nur im Gefängnis sehen. Nicht einmal der Adel blieb verschont. Der adoptierte Eugen von Hoffen wurde verhaftet. Er ist unter dem bürgerlichen Namen Eugen Heeb bekannt – vorbestraft wegen Betrugs.

Neben den drei Prominenten wurden vier weitere Finanzjongleure festgenommen. Ihnen werden Straftatbestände vorgeworfen, die im Fürstentum bisher nur zögerlich verfolgt wurden: Anlagebetrug, Geldwäsche, Untreue und Organisierte Kriminalität. Alle sieben Beschuldigten stammen aus dem Milieu der Treuhänder, die anonyme Stiftungen gründen und Millionen-Kapital verwalten wie andere Leute Bleistifte.

Der historische Einschnitt in die Geschichte des Fürstentums ist aller-

dings das Werk Fremder. Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND), ein österreichischer Sonderstaatsanwalt und der SPIEGEL brachten die scheinbar festgefügte Finanzwelt Liechtensteins durcheinander. Der SPIEGEL hatte im November über ein geheimes BND-Dossier berichtet, in dem Liechtenstein als wahres Eldorado für Geldwäscher geschildert wurde: Mafiose Geschäfte würden geschützt durch

„ein Geflecht aus Beziehungen von hohen Beamten, Richtern, Politikern, Bankdirektoren und Anlageberatern, die sich im Auftrag internationaler Krimineller gegenseitig unterstützen“ (SPIEGEL 45/1999).

„So kann man einen Staat nicht in die Pfanne hauen“, schäumte damals Regierungschef Mario Frick. Auch der Fürst („Das sind Methoden wie im Dritten Reich“) hatte mitgekeilt, gleichzeitig



Abgeordneter Marxer

aber Druck auf das Kabinett ausgeübt, den Innsbrucker Oberstaatsanwalt Kurt Spitzer, 52, als Sonderermittler einzusetzen. Natürlich hatte man gehofft, dass dabei nicht viel herauskommt.

Vorige Woche mühte sich Durchlaucht, den unerwartet schlechten Nachrichten etwas Gutes abzugewinnen. Er sei „dem SPIEGEL und dem BND sehr dankbar“. Sie hätten für „eine gesunde Panik“ gesorgt (siehe Interview Seite 80).

Spitzer hatte sich beim BND briefen lassen, dann in Liechtenstein ermittelt und schließlich ein Dutzend Strafverfahren eingeleitet. Fast alle der jetzt Inhaftierten tauchen schon in dem BND-Dossier auf. Zwar haben sich einige der dort aufgeführten Taten als falsch oder zumindest nicht belegbar erwiesen. Doch hatte der Dienst keineswegs nur Unschuldige im Visier.

Die Treuhänder Heeb und Ritter, die nach Überzeugung Pullachs südamerikanischen Drogenkartellen bei der Anlage ihrer Millionen geholfen haben, werden zunächst nur eines ordinären, aber gigantischen Anlagebetrugs beschuldigt. Laut Spitzer richteten sie mehr als 100 Millionen Dollar Schaden an, zu den Geprellten zählten auch 400 Deutsche. Der Politiker Marxer, im Zivilberuf Anwalt, soll auch in die Geschichte verwickelt sein – Heeb und Ritter konnten ihre Geschäfte nur mit einer Konzession betreiben, die sie von ihm erhalten hatten.

Sonderermittler Spitzer argwöhnt inzwischen, dass die Behauptung des Dienstes, Kriminelle würden im Fürstentum von der Justiz gedeckt, nicht völlig abwegig ist. Jahrelang recherchierte in eben diesem Fall von Anlagebetrug die Mannheimer Staatsanwaltschaft. Bis heute hat sie die schon 1995 in Ritters Kanzlei beschlagnahmten Unterlagen nicht erhalten, das Verfahren wurde eingestellt.

Spitzer beschuldigt den Landgerichtspräsidenten Benedikt Marxer, der für das Rechtshilfeersuchen aus Mannheim zuständig war, „unvertretbarer Verfahrensverzögerungen“. Der Sonderermittler wirft dem Bruder des inhaftierten Politikers ein „Verbrechen des Amtsmissbrauchs“ vor.

Gerichtspräsident Marxer („Die Vorwürfe sind absurd“) macht „völlige Arbeitsüberlastung“ geltend: „Ich saufe hier in Verfahren richtig ab.“

Angesichts der vielen familiären Verflechtungen im Ministaat hatte Spitzer seinen Sonderauftrag mit Vorsicht angehtreten. Inzwischen sind denn auch österreichische Beamte mit der Aufklärung betraut, 24 der 40 Spezialisten der Wiener Wirtschaftspolizei nach Vaduz abgeordnet.

So viel Eifer ist im Fürstentum ungewöhnlich. Die Liechtensteiner Ressourcen sind für einen internationalen Finanzplatz eher knapp bemessen. Nur zwei der ins-

gesamt 15 Kriminalpolizisten, die sich das Land leistet, bearbeiten Wirtschaftsdelikte.

Nun staunen die Liechtensteiner, was in ihrem Staat so alles zu finden ist – wenn man nur sucht. Die Spuren führen aus der Finanzoase hinaus in alle Welt. Auch der Vaduzer Polizeisprecher Hans Meier ist ganz überrascht: „Es ist ein Spinnennetz.“

Sogar der Doyen der verschwiegenen Branche, Herbert Batliner, den auch die CDU schon mal konsultierte, wenn es galt, Millionen im Ausland zu verstecken, ist ins Visier des Sonderermittlers geraten. Sein Name war auch im BND-Dossier genannt worden. Bei seinem Besuch in Pullach hatte der Dienst den Sonderermittler gedrängt, sich Batliners Geschäfte genauer anzusehen. Nun verdächtigt Spitzer den Fürstlichen Kommerzienrat und Wanderfreund von Altkanzler Helmut Kohl eines „Verbrechens der Geldwäscherei“.

Batliner soll für die Familie des ecuadorianischen Drogenbarons Jorge Hugo Reyes Torres mit Hilfe mehrerer Stiftungen über 17 Millionen Dollar in Liechtenstein angelegt haben. Als Torres 1992 verhaftet



Verhafteter Drogenbaron Torres
„Unglaubliche Verfahrensverzögerungen“

wurde, will sich Batliner nach eigenem Bekunden sofort aus den Stiftungen zurückgezogen haben. Überhaupt habe er sie nur genommen, weil sie „von zwei großen europäischen Banken zu uns geschickt“ wurden, darunter die Dresdner Bank (SPIEGEL 8/2000).

Spitzer glaubt nach seinen Recherchen, Batliner habe von Anfang an gewusst, dass die Millionen aus Ecuador nicht sauber waren. Zwar habe er sich 1989, offenbar zur eigenen Absicherung, bei Gründung der Stiftungen von der Dresdner Bank bestätigen lassen, „dass die neue Kundschaft geschäftlich bekannt und in Ecuador im großen Umfang Viehzucht und Landwirtschaft betreibt“. Doch sei dies, so Spitzer, wohl nur eine „Gefälligkeitsbestätigung“ gewesen, die sich Batliner „im Wissen um die zumindest dubiose Herkunft der Vermögenswerte beschafft hat“. Auch das mit dem Rückzug liest sich bei Spitzer an-

„Eine gesunde Panik“

Fürst Hans-Adam II. über Ermittlungen gegen Richter, Politiker und Anlageberater in Liechtenstein

SPIEGEL: Fürst Hans-Adam, ist Ihr schönes Land von der Organisierten Kriminalität unterwandert?

Hans-Adam II.: Nein, natürlich nicht.

SPIEGEL: Der österreichische Sonderermittler Kurt Spitzer hat aber allerlei kriminelle Aktivitäten in Ihrem Fürstentum aufgedeckt. Waren Sie nicht überrascht?

Hans-Adam II.: Damit habe ich gerechnet. Es gab ja schon seit längerer Zeit Hinweise, die allerdings nicht hinreichend von der Justiz verfolgt wurden. So hat ein Richter die Ermittlungen gegen den jetzt verhafteten Gabriel Marxer einfach liegen gelassen. Gegen den Richter selbst und einen seiner Kollegen läuft seit längerer Zeit ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs.

SPIEGEL: Die Richter sind noch im Amt.

Hans-Adam II.: Die sind noch im Amt.

SPIEGEL: Wie kann das angehen?

Hans-Adam II.: Das frage ich mich auch. Alle Richter haben sich in der Angelegenheit für befangen erklärt. Probleme gab es auch, als der Haftbefehl gegen den Abgeordneten Marxer unterschrieben werden sollte.

SPIEGEL: Das musste Sie doch sehr misstrauisch machen.

Hans-Adam II.: Eine Portion Misstrauen habe ich natürlich. Viele Informationen, die ich in der Vergangenheit bekommen habe, waren, wie sich nun herausstellt, offenkundig falsch. Ich glaube aber nicht, dass dahinter ein ganzes System steht.

SPIEGEL: Irritiert es Sie nicht, dass zumindest ein Teil des vom SPIEGEL publizierten BND-Berichts über Organisierte Kriminalität in Liechtenstein zutrifft?

Hans-Adam II.: Da bin ich dem SPIEGEL und dem BND tatsächlich sehr dankbar. Ohne den Bericht wäre die Einsetzung des Sonderermittlers gar nicht möglich gewesen. Von allein hätte sich nichts getan. Der SPIEGEL war sicher der Auslöser.

SPIEGEL: Die nun verhafteten Liechtensteiner Treuhänder müssen sich sehr sicher gefühlt haben. Vorwürfe gegen sie waren lange schon bekannt. Haben sie gar keine Unterlagen vernichtet?

Hans-Adam II.: Als die Ermittlungen des Sonderstaatsanwalts begannen, gab es Hinweise, dass im großen Stil Akten aus den Büros getragen wurden. Wir hoffen aber, sie zu finden.

SPIEGEL: Wie viele Treuhänder werden denn noch in Liechtenstein hochgehen?

Hans-Adam II.: Es wird gegen einige Büros und Personen ermittelt. Wir versuchen

derzeit, über Rechtshilfe noch weitere Unterlagen zu bekommen.

SPIEGEL: Gibt es aus der Liechtensteiner Regierung Widerstand gegen den Sonderermittler?

Hans-Adam II.: Ich glaube, langsam merken die meisten, dass sich bei der Rechtshilfe und im Gerichtswesen etwas ändern muss. Ich habe sehr klar gesagt, dass der Sonderstaatsanwalt freie Hand haben muss, da erwarte ich volle Unterstützung.



Fürst Hans-Adam II.: „Vorübergehend mit Notrecht regieren“

SPIEGEL: Und wenn dennoch gemauert wird?

Hans-Adam II.: Wenn es da Widerstände gäbe, könnte ich die Regierung entlassen und vorübergehend mit Notrecht regieren. Das würde ich im Ernstfall auch tun. Anderen Ländern keine Informationen über deren Steuerbürger zu geben, die hier ihr Geld anlegen, ist das eine, Geldwäsche und Zusammenarbeit mit der Organisierten Kriminalität aber etwas ganz anderes.

SPIEGEL: Ist das jetzt der Beginn eines Reinigungsprozesses am Finanzplatz Liechtenstein?

Hans-Adam II.: Ich hoffe es. Man kann beobachten, wie sich eine gesunde Panik ausbreitet. Das hätte schon früher geschehen müssen. Ich denke mal, es wird künftig deutlich weniger zwielichtige Kunden nach Liechtenstein ziehen. Deshalb bin ich etwas optimistisch.

INTERVIEW: HANS-ULRICH STOLDT

ders. Die nach der Torres-Verhaftung von Batliner verbreiteten „Demissionserklärungen“ hätten „sichtlich lediglich den Zweck verfolgt, Distanz zu der nunmehr verdeutlichten Herkunft der Vermögenswerte zu demonstrieren. Diese Distanz war aber in Wahrheit nicht gegeben“.

Ein Anwaltskollege aus Batliners Kanzlei nämlich hatte sich laut Spitzer nach der erzwungenen Auflösung der Stiftungen des Drogenbarons zu deren „Liquidator“ bestellen lassen. In dieser Funktion beauftragte er wiederum seinen Sozium Batliner, die Einziehung der Kokain-Millionen mit allen Mitteln zu verhindern.

Die „großzügige Vergabe von Mandatsaufträgen“ innerhalb derselben Kanzlei, so Spitzer, habe dazu gedient, über Honorarzahungen Teile des „aus Drogenerlösen stammenden Stiftungsvermögens in das Vermögen des Advokaturbüros Batliner zu überführen“. Batliner nennt die Vorwürfe „diffamierend“. Ihm sei es „überhaupt nicht möglich“ gewesen, sich das Stiftungsvermögen anzueignen, weil dieses gerichtlich beschlagnahmt sei. Die Leumundsbestätigung habe ihm die Dresdner Bank keinesfalls aus Gefälligkeit erstellt.

Auch in der Causa Torres taucht der Landgerichtspräsident als Bremser auf. „Unglaubliche Verzögerungen“ wirft Spitzer dem Juristen vor. In mittlerweile „acht Jahren (!)“ habe es Marxer als zuständiger Richter nicht einmal fertig gebracht, „zumindest eine erstinstanzliche Entscheidung zu treffen“. Man müsse sich fragen, ob der Gerichtspräsident „nicht vorsätzlich diese Situation herbeigeführt hat, um dem Advokaturbüro Batliner die angestrebte Freigabe des dubiosen Stiftungsvermögens zu ebnen“.

Marxer, der vorige Woche erstmals von einem österreichischen Untersuchungsrichter vernommen wurde, sagt, auch in diesem Fall sei es „abwegig, mir rechtswidriges Verhalten vorzuwerfen“. Zudem sei ihm gerade erst bei einer Gerichtsinspektion bescheinigt worden, „qualitativ hervorragende“ Arbeit zu leisten.

Für eine Korrektur des schlechten Rufs in aller Welt dürften die spektakulären Verhaftungen im Fürstentum wohl zu spät kommen. Schon in dieser Woche diskutieren Regierungsvertreter der westlichen Industriestaaten, welche Länder bei der Bekämpfung der Geldwäsche als „nicht kooperativ“ eingestuft werden sollen. Liechtenstein steht noch auf der Vorschlagsliste.

WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO